

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Roland Geitmann **3** Grundeinkommen – eine Idee mit langer Geschichte
- Günther Moewes **7** Maschinenarbeit statt Menschenarbeit – ein Jahrtausendtraum
- Ronald Blaschke **17** Bedingungsloses Grundeinkommen – Würde und Wert des Menschen
- Alwine Schreiber-Martens **27** Ein Grundeinkommen für alle aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen
- 33** Bücher – Veranstaltungen

B Ü C H E R

■ **Götz W. Werner**

Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen

Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben, 2006. 128 Seiten.

Götz Werner tritt seit 2004 öffentlich für die schrittweise Einführung eines bedingungslosen, konsumsteuerfinanzierten Grundeinkommens ein und löst damit ein bemerkenswert weites Echo aus. Dabei ist die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht neu. Schon seit etwa 200 Jahren wird diese Forderung ganz unabhängig vom politischen Lager immer wieder diskutiert. Götz Werner ist Gründer und heute Vorsitzender der Geschäftsführung der Drogeriemarktkette dm und leitet zudem als Professor das Interfakultative Institut für Entrepreneurship (Uni Karlsruhe). Unermüdlich und mit beachtlicher Resonanz setzt er sich dafür ein, die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens einer breiten politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit in Deutschland bekannt zu machen. Einige der Interviews und Reaktionen darauf sind in vorliegendem Buch zusammengestellt.

Unter „bedingungslosem Grundeinkommen“ wird ein Einkommen verstanden, das an jedes Individuum ausgezahlt wird, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung. Werner plädiert für ein vergleichsweise hohes Grundeinkommen, gerne spricht er auch von Kulturminimum statt von Existenzminimum. Wenn man das heute auf eine Zahl festlegen wolle, wären das bis zu 1500 EUR. Aber die Höhe sei letztlich eine politische Frage und auch eine Frage des Menschenbildes: inwieweit ist der Mensch aus sich selbst heraus motiviert sich einzubringen, inwieweit braucht er Anreiz und Sanktionen. Einig ist sich Werner mit denjenigen, die wie etwa Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), eher den auf individuellen Vorteil bedachten Menschen vor Augen haben, dass es mikroökonomisch nicht begründet ist zu glauben, dass Menschen mit einem Grundeinkommen dann nicht mehr arbeiten würden. Werner plädiert für eine vollstän-

dige Konsumsteuerfinanzierung des Grundeinkommens. Dem Einwand, dass die Mehrwertsteuer prinzipiell unsozial sei, dass nämlich derjenige, der sein ganzes Einkommen verkonsumieren muss, relativ mehr Steuern zahle als derjenige, der nur einen Bruchteil seines Einkommens verkonsumieren muss, dass mithin einkommensschwache Haushalte einen relativ höheren Anteil zur Finanzierung des Grundeinkommens zu schultern haben, begegnet er mit dem Argument, dass die Reichen absolut gesehen mehr beitragen und das Grundeinkommen pro Kopf verteilt wird. Zudem landen Steuern so oder so in den Preisen, bei der Konsumsteuer sei es nur transparenter! Andere sprechen sich für eine Mischlösung von Mehrwertsteuer und Einkommenssteuer aus.

Werner begründet das Grundeinkommen vor allem mit der ungeheuren Produktivitätsentwicklung, die zu einem paradoxen Phänomen geführt habe: je produktiver wir sind, umso mehr sinken die Erwerbseinkommen und umso weniger Arbeitskräfte werden noch gebraucht. Die vielbeklagte Arbeitslosigkeit müsse als Folge von Produktivitätsfortschritt und Wohlstand verstanden werden. „Die Zeiten der Vollbeschäftigung sind endgültig vorbei.“ Arbeit und Einkommen müsse daher entkoppelt werden. Man müsse die Leute mit Kaufkraft ausstatten, damit sie die weitgehend automatisiert hergestellten Produkte kaufen können und damit sie Freiraum haben, sich im Kultur- und Sozialbereich zu engagieren. Aber hängt die Frage der Vollbeschäftigung nicht weniger mit Produktivität, vielmehr mit kapitalrentablen Arbeitsplätzen zusammen? Sobald eine Marktgesellschaft relativ wohlhabend ist, sinkt die Kapitalrentabilität. Geld könnte nun vermehrt auch in weniger ertragreiche Bereiche, also insbesondere auch in den sozialen bzw. kulturellen Bereich hineinfließen und dort auch regulär bezahlte Arbeitsplätze entstehen lassen. Stattdessen kommt es zur Krise: die Geldvermögenden bleiben lieber liquide statt ihr Geld ohne Kapitalertrag zur Verfügung zu stellen. Überzeugender erscheint das Argument, dass mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein echter Arbeitsmarkt hergestellt würde, das heißt, dass die Menschen in die Lage ver-

setzt werden, ihre Arbeitskraft nicht aus blanker existentieller Not anbieten zu müssen. Damit stünden sich Geldvermögende und Arbeitskraftanbieter machtgleichgewichtiger, mehr auf Augenhöhe gegenüber. So könnte das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit (zunächst) von der Arbeitsseite her angegangen werden.

Für diesen Lösungsweg spricht auch eine soziologische Überlegung: Keynes hatte gezeigt, dass Menschen offenbar einen Hang zur Liquidität haben. Doch worin könnte die gesellschaftliche Dimension dieser Neigung zur Liquidität, zur Akkumulation von liquidem Geldvermögen bestehen, die ja psychologisch verständlich, ökonomisch aber problematisch ist? Mit der Herauslösung aus traditionellen Versorgungsbezügen und der Herausbildung von Märkten ist das Individuum in einem viel größeren Maße auf sich selbst gestellt. Dieses Freisetzen aus traditionellen Versorgungsstrukturen führt zu einem Mehr an Freiheit, aber auch zu Existenzangst. Indem Geld zum existentiellen Teilhabemedium in der Marktgesellschaft avanciert, kann es diese Existenzangst beschwichtigen. Zugleich verkörpert Geld wie kaum etwas anderes individuelle Freiheit. Es mag dieser eigentümliche Nexus von Freiheit und Existenzangst sein, der es faktischen wie potentiellen Geldvermögensbesitzern gleichermaßen als so normal erscheinen lässt, der Liquidität zu frönen und bei Verzicht einen legitimen Anspruch auf Vermögensmehrung zu haben. Die Verheißung von sich selbst vermehrendem Geldvermögen respektive der Liquiditätshaltung ist möglicherweise deshalb so mächtig, weil sie von Existenzangst und Freiheitsphantasien gestützt und genährt wird. Darin könnte ein kultureller Widerstand gegen eine Geldreform liegen. So gesehen könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen eine notwendige Voraussetzung für das gesellschaftspolitische Gelingen einer Geldreform sein, da es die Existenzangst begrenzt und so mittelbar vielleicht auch erst der von Keynes so hervorgehobene Liquiditätshunger und Liquiditätshang überwindbar wird. Denn bei aller gutgedachten Geldreform bleibt ja die Frage, ob die Menschen ein staatlich reformiertes, in seiner Machtreichweite eingeschränktes Geld akzeptieren werden. Ein bedingungsloses Grund-

einkommen wäre dann nicht nur als Zwischenlösung zu sehen, sondern als notwendiger Zwischenschritt hin zu einer Geldreform.

In jedem Falle aber würde ein bedingungsloses Grundeinkommen die soziale Frage erheblich entschärfen, indem es eine Alternative zu den überkommenen sozialen Sicherungssystemen bietet. Die Geld- und Zinsproblematik bleibt gleichwohl auch mit einem Grundeinkommen bestehen. Erst eine Geldreform würde verhindern, dass Geldvermögensbesitzer ihr Geld spekulativ aus dem produktiven Kreislauf zurückziehen können bzw. aufgrund allein der Möglichkeit dazu, ein leistungsloses Besitzeinkommen erzielen können. Aber, wie Götz Werner auf die Zinsfrage angesprochen einmal sagte: „Für mich ist die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens so etwas wie ein archimedischer Punkt. Da wird etwas aus den Angeln gehoben, und Sie werden staunen, was noch alles auf uns zukommt!“

Tilo König

■ **Ralf Welter** (Hrsg. v. Diözesanverband der KAB Aachen)
**Solidarische Marktwirtschaft durch
 Grundeinkommen – Konzeptionen für
 eine nachhaltige Sozialpolitik**

Aachen: Shaker Verlag 2003. 411 Seiten.

Wie der Autor im Vorwort selbst schreibt, ist dieses Buch „als Arbeitsbuch gedacht, um mit Hilfe empirischer Daten und grundlegender volkswirtschaftlicher Zusammenhänge die Probleme in unserer heutigen Volkswirtschaft zu erkennen und den Blick dafür zu öffnen, mit Hilfe geeigneter sozialpolitischer Instrumente, wie des Grundeinkommens, langfristig einen Lösungsweg anzubieten.“

Wer bezifferte Angaben über Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten, die Unterschiede der verschiedenen Grundsicherungsmodelle und pragmatische Vorschläge für schrittweises Vorgehen sucht, findet in diesem verdienstvollen Nachschlagewerk reiches Informationsmaterial. Schon das erste Kapitel über die Ausgangslage, Armut, Arbeitslosigkeit und die Agenda 2010, enthält zahlreiche Tabellen und Diagramme.

Mit „Triade der Arbeit“ bezeichnet die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) ihr Ziel, die selbst bestimmte Teilnahme aller Menschen an

zumindest einer der drei Formen der Arbeit zu sichern: Erwerbsarbeit, gemeinwesenbezogene Arbeit und „Privatarbeit“ (Familie u.ä.). Die Tätigkeit auf mindestens einem dieser drei Felder ist im Modell der KAB denn auch Voraussetzung für ein staatlich garantiertes Grundeinkommen – im Unterschied zu den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens. Übereinstimmung besteht mit diesen jedoch darin, dass das Grundeinkommen – anders als bei Mindesteinkommensmodellen wie negativer Einkommenssteuer – bedarfsunabhängig gewährt werden soll.

Das erfordert freilich enorme Aufwendungen. Das Grundeinkommensmodell der KAB Aachen, das im fünften Kapitel dargestellte Herzstück des Buches, enthält nicht nur dazu Zahlen, sondern auch konkrete Vorschläge zur Finanzierung: Neben einzusparenden Sozialleistungen u.a. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Wertschöpfungsabgabe (dazu gesondert Kapitel III), öko-soziale Verbrauchssteuern und Kapitalverkehrssteuer.

Hilfreich ist auch das sechste Kapitel mit einem Stufenmodell der schrittweisen Annäherung: 1. Pauschalierung der Sozialhilfe und Einsatz von Erwerbsfähigen im gemeinwesenbezogenen Sektor, 2. Neuordnung des Familienlastenausgleichs, 3. Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, 4. Wertschöpfungsabgabe, 5. Bedarfsabhängige Grundsicherung, 6. Grundeinkommen für alle.

Eine solche Stufung verdeutlicht die Richtung und macht ein Konzept politisch diskutabel. Im Sinne solcher Vermittlung zwischen Gegenwart und Vision leistet das Buch durch seine materialreiche Anknüpfung an Fakten und Einbeziehung diverser Modelle einen überaus wertvollen Beitrag. Durch einen umfangreichen Anhang mit einem ausführlichen Glossar zu wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Begriffen, einer Zeit-tafel sozialpolitischer Maßnahmen und einer 40-seitigen Bibliographie ist es ein Studienbuch, das trotz allmählich veraltender Zahlen und kleinerer redaktioneller Mängel seinen Anschaffungspreis allemal wert ist.

Roland Geitmann

■ **Yannick Vanderborght und Philippe van Parijs**
Ein Grundeinkommen für alle? – Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Mit einem Nachwort von Claus Offe. Frankfurt/M.: Campus Verlag, 2005. 167 Seiten.

Wer einen Einstieg und Überblick zum Thema „Grundeinkommen“ sucht, findet ihn optimal in diesem Buch. Es erschließt sowohl die historische als auch die internationale Dimension der Diskussion und ist gleichermaßen wissenschaftlich fundiert, engagiert und allgemein verständlich. Dr. phil. Philippe van Parijs lehrt politische Philosophie in Havard und ökonomische und soziale Ethik an der Katholischen Universität Löwen/Belgien, wo auch Dr. rer. soc. Yannick Vanderborght Soziale Sicherung unterrichtet.

Wie die Autoren im ersten Teil belegen, ist die Idee eines Grundeinkommens nicht neu, sondern reicht mindestens 200 Jahre zurück. Als Vorläufer nennen sie die Befürworter öffentlicher Fürsorge Thomas Morus und Johannes Ludovicus Vives (16. Jh.) sowie die Armengesetzgebung in den Niederlanden (16. Jh.), Schottland und England (17. Jh.), die Bismarcksche Sozialversicherung und die Sozialhilfe, die allerdings Bedürftigkeit und Arbeitsbereitschaft voraussetzt.

Nicht Barmherzigkeit, sondern „gleiche Teilhabe an dieser Erde“ ist dagegen Leitgedanke für Thomas Paine (1737-1809), eine der Leitfiguren der Amerikanischen und Französischen Revolution. Er schlägt vor, als Entschädigung für die durch das Grundeigentum verloren gegangenen naturrechtlichen Ansprüche beim Eintritt ins Erwachsenenalter aus einem nationalen Fonds einen einmaligen Pauschalbetrag zu zahlen und ab dem 50. Lebensjahr eine kleine Rente. Weitergehend fordert Thomas Spence (1750-1814), dass die Gemeinden Nutzungsrechte an Grundstücken meistbietend versteigern und nach Deckung ihrer Auslagen den Überschuss vierteljährlich an die Einwohner verteilen sollen. Als Mütterrente taucht diese Idee hundert Jahre später bei Silvio Gesell auf, der indes unerwähnt bleibt. Für das 19. Jahrhundert nennen die Autoren den Franzosen Charles Fourier, den Belgier Joseph Charlier, den Engländer John Stuart Mill und den Amerikaner Henry George.

Erst im 20. Jahrhundert verdichten sich diese Stimmen zeitweise zu einer öffentlichen Debatte, sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Der erste Lehrstuhlinhaber für politische Theorie in Oxford George D. H. Cole (1889-1959) prägt 1953 den international sich dann durchsetzenden Begriff „basic income“, den der 1969 erstmals mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Niederländer Jan Tinbergen mit „basis inkomen“ schon im Jahr 1934 vorwegnimmt. Der Oxforder Nobelpreisträger James Meade (1907-1995) spricht von „Sozialdividende“. Im Anschluss an Antoine A. Cournot (1838) und Abba Lerner (1944) plädiert der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman in seinem Buch „Kapitalismus und Freiheit“ 1962 für eine negative Einkommensteuer.

Für ein garantiertes Mindesteinkommen tritt seit 1965 auch der spätere Nobelpreisträger James Tobin ein und veranlasst den demokratischen Präsidentschaftskandidaten McGovern, es im Jahr 1972 unter der Bezeichnung „demogrant“ in sein Wahlprogramm aufzunehmen. Richard Nixons Variante einer Negativsteuer scheitert im Oktober 1972 am Senat.

Zeitversetzt entwickelt sich die Debatte in Europa, zunächst in Dänemark mit dem Begriff „Bürgerlohn“ und in den Niederlanden, wo der Professor für Sozialmedizin J.P. Kuiper 1976, vermutlich von Rudolf Steiner inspiriert, die Trennung von Beschäftigung und Einkommen fordert und der Wissenschaftliche Beirat für Regierungspolitik 1985 für ein „partielles Basiseinkommen“ votiert. In Großbritannien gründet sich 1984 die Basic Income Research Group (seit 1998 Citizen's Income Trust). Im selben Jahr erscheint in Deutschland der von Thomas Schmid herausgegebene Sammelband „Befreiung von falscher Arbeit“. Andere greifen das Thema auf: Opielka, Vobruba, Ostner 1986 bzw. 1987. Joachim Mitschke wirbt seit 1985 für „Bürgergeld“.

Das seit 1986 bestehende europäische Netzwerk von Wissenschaftlern erweitert sich im Jahr 2004 zum weltweiten Basic Income Earth Network (BIEN). Die durch den dm-Unternehmer Professor Götz Werner in Deutschland sprunghaft verbreitete und für viele scheinbar mit ihm erst

begonnene Diskussion über ein Grundeinkommen hat also eine lange Vorgeschichte und zumindest ein Anwendungsbeispiel, nämlich in Alaska in Gestalt einer allgemeinen Dividende aus Erdöleinnahmen.

Im zweiten Teil geben die Autoren einen Überblick über die Kennzeichen und Varianten des allgemeinen Grundeinkommens. Als drei zentrale Merkmale betonen sie, dass es (im Unterschied etwa zu Mindestlohn, Kombilohn und Negativsteuer) individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird.

Am anspruchsvollsten ist der dritte Teil, der die Gerechtigkeit des Grundeinkommens ökonomisch und philosophisch untersucht, insbesondere ob es ein effizientes Mittel gegen Armut und Arbeitslosigkeit ist, was die Autoren mit guten Argumenten bejahen.

Interessant und hilfreich ist auch der vierte Teil des Buches über die Zukunftschancen dieser Idee, über die Skepsis der Gewerkschaften, obwohl das allgemeine Grundeinkommen ihren Anliegen eigentlich entgegenkommt, und über die Haltung der Parteien. Zur Umweltbewegung gibt es eine inhaltliche Nähe, zur Sozialdemokratie dann, wenn statt einer repressiven Variante des aktivierenden Sozialstaatsmodells (Hartz IV) eine emanzipatorische verfolgt würde. Die PDS war eine der treibenden Kräfte für die Bildung des deutschen Netzwerks Grundeinkommen im Juli 2004.

Ein letzter Abschnitt behandelt Möglichkeiten der schrittweisen Annäherung wie haushaltsbezogene Negativsteuer, partielles Grundeinkommen und gesellschaftlich nützliche Betätigung als Voraussetzung für ein Grundeinkommen.

In seinem Nachwort geht Claus Offe, Professor für Politikwissenschaften in Berlin, auf einige Aspekte der deutschen Diskussion ein, insbesondere auch auf die christliche und durch ein berühmtes (und viel missbrauchtes) Paulus-Wort geprägte Gerechtigkeitsvorstellung, dass derjenige, der nicht arbeitet, auch nicht essen soll. Auch Offe unterstreicht demgegenüber, dass die Erde allen ihren Bewohnern gehört und deshalb alle ganz unabhängig von ihren Vorleistungen und Tätigkeiten einen Anspruch auf „ihren“ Teil haben. Zu Recht betont er, dass das Grundein-

kommen ergänzt werden muss durch neue institutionelle Gelegenheiten zur Teilnahme an nicht-erwerbsbezogenen Formen nützlicher Tätigkeit. Hier dürfte das Hauptproblem liegen, nämlich in der Frage, wie die Menschen fähig werden, mit der größeren Freiheit durch ein allgemeines Grundeinkommen zu leben, ohne zu verkommen, also vom Konsumenten zum „Lebensunternehmer“ zu werden. Dass hierin eine enorme Herausforderung für unser ganzes Erziehungs- und Bildungswesen liegt, und unter staatlicher Gängelung wohl kaum gemeistert werden kann, lässt das Buch allenfalls erahnen.

Auch quantitative Angaben über Kosten und Finanzierung im Vergleich zum bisherigen Sozialetat darf man in diesem Buch nicht erwarten. Stattdessen wird der Leser argumentativ bestens ausgerüstet und befähigt, auch sehr verschiedene Maßnahmen wie die stärkere Steuerfinanzierung sozialer Leistungen oder Kombilohn als (mehr oder weniger unbewusste) Schritte auf dem Weg zu einem allgemeinen Grundeinkommen zu interpretieren. Für alle, die über ein allgemeines Grundeinkommen mitdenken und -reden wollen, ist dieses Buch unentbehrlich.

Roland Geitmann

■ **Ronald Blaschke**
Grundeinkommen zwischen Mindest- und Lebensstandardsicherung. Eine Orientierungshilfe im Zahlenlabyrinth.

Meißen: DGB-Bezirk Sachsen und Evangelische Akademie, 2005, 64 Seiten.

“In Deutschland ist das Problem der Armut trotz Arbeit längst nicht mehr unbekannt. Aber auch die Armut durch Arbeitslosigkeit und durch die mangelhafte Ausgestaltung von Sozialsystemen ist ein Dauerbrenner in der wissenschaftlichen politischen Diskussion.” Dieser einleitende Satz beleuchtet den Hintergrund dieser schon 20 Jahre währenden Diskussion. Sie ist ein Nachdenken über ein steuerfinanziertes Transfersystem und über eine gelockerte Bindung der Sozialsysteme an die Erwerbsarbeit. Dies ist aus zwei Gründen notwendig: Einmal wird die klassische Erwerbsarbeit gegenwärtig für immer mehr Menschen unerreichbar. Zum zweiten wird Arbeit,

die in erster Linie am Gemeinwohl orientiert ist, immer wichtiger.

In seiner Studie betrachtet Blaschke die unterschiedlichen Ansätze und Begriffe und vergleicht sie anhand verschiedener Kriterien. In gedrängter Form gibt er einen Überblick über die unterschiedlichen Bezüge zum gegenwärtigen Sozialversicherungssystem und zu den möglichen Folgen für den Arbeitsmarkt (Arbeitsangebot, Arbeitsplatzangebot, Arbeitszeitverkürzung, Niedriglohnsektor, Mindestlöhne usw.)

Den Einstieg bildet eine tabellarische Übersicht des gegenwärtigen Systems und seiner Krise: die Zahl der Sozialhilfebeziehenden steigt kontinuierlich und mit ihr die Belastung für die Kommunen. Gleichzeitig nimmt trotz Sozialhilfe die Armut zu, die Re-Integration in den Arbeitsmarkt fehlt, ebenso die Koordination der Sozialhilfe mit anderen Komponenten des Sozialversicherungssystems. Das entwürdigende Verfahren und die inzwischen immer stärkere Arbeitspflicht sind weitere gewichtige Kritikpunkte. Daneben gerät aber auch das Sozialversicherungssystem selbst immer mehr ins Trudeln: Durch seine Bindung an die klassische Erwerbsarbeit vergrößern sich die Unterversorgung und die Finanzierungslücken.

Im zweiten Abschnitt werden die verschiedenen Begriffe der wissenschaftlichen und politischen Debatte um Mindesteinkommen aufgelistet. Dabei zeigen sich auch Unschärfen und fließende Übergänge der verschiedenen Ansätze. Die Kriterien, nach denen in der wissenschaftlichen Literatur die verschiedenen Konzepte verglichen und bewertet werden, bilden den dritten Abschnitt.

Nachfolgend ist in einer umfangreichen Tabelle stichwortartig der Inhalt der einzelnen Ansätze bezogen auf die verschiedenen Kriterien aufgelistet. Diese Übersicht kann ein Leitfaden im Dickicht der gegenwärtigen Diskussion sein.

Der fünfte Abschnitt zeigt den Zusammenhang zur Diskussion um Arbeitszeitverkürzung. Verkürzung der Arbeitszeit kann von den Arbeitenden nur akzeptiert oder gar gewünscht werden, wenn sie dadurch nicht offen oder verdeckt von Armut bedroht sind. Es wird damit der Kern der Debatte um garantierte Mindesteinkommen deutlich: Wie wird für jeden einzelnen Menschen die aktive Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung garantiert?

Im Anhang werden einige ausgewählte Modelle anhand der Kriterien des 3. Abschnitts ausführlicher dargestellt und bewertet. Hier zeigt sich erneut die Vielfalt der Vorschläge der verschiedenen "Initiatoren". Eine ausführliche Literaturliste schließt die Arbeit ab. Die Studie gibt eine gute Übersicht über die verschiedenen Teilstränge der Diskussion. Dadurch erleichtert sie sehr den Einstieg in diese überaus wichtige Diskussion.

Auffallend ist, dass diese politische Debatte von einem anderen Problemkreis, nämlich dem Umgang mit den natürlichen Grundlagen jeden Wirtschaftens, bisher noch losgelöst ist: "Öko" existiert genau zweimal im ganzen Text als "Öko-steuer" (S. 48) und als "Öko-soziale Verbrauchssteuer" (S. 50). Dabei ist doch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und das Recht auf gleiche Teilhabe aller an diesen Grundlagen eine tief liegende Verbindung zu einem garantierten und bedingungslosen Grundeinkommen. Die Verteilung der Bodenrente und noch allgemeiner die Verteilung von Ökoabgaben wie z.B. einer Energiesteuer stellen das Verbindende dar. Hierin sehe ich eine große Chance, die "alten" freiwirtschaftlichen Ideen mit der gegenwärtig heraufkommenden Debatte um ein Grundeinkommen zu verknüpfen.

Bereits Gesell machte ja den Vorschlag, die Bodenrente als Grundeinkommen an die Frauen und ihre Kinder, also an alle Menschen in ihrer Jugendzeit, zu verteilen. Allerdings benützte er nicht das Wort "Grundeinkommen". Wenn wir den Begriff "Boden" als Symbol für alle nicht-vermehrten Naturressourcen denken, so ist diese Verallgemeinerung sicher im Sinne von Gesell. Die Ausweitung der Verteilung auf alle Menschen während ihrer gesamten Lebenszeit geht über die Vorschläge von Gesell hinaus, steht aber m. E. dazu überhaupt nicht im Widerspruch. Ein Grundeinkommen, das aus dieser Quelle gespeist wird, braucht zusätzlich unbedingt ein "fließendes Geld" mit allen seinen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Für dieses Grundeinkommen werden nicht die Früchte der Arbeit anderer verteilt, sondern der ökonomische Gegenwert des Geschenks von Mutter Erde. Dass dies unter den gegenwärtigen Bedingungen von unsicherer Erwerbsarbeit, steigender Massenarbeitslosigkeit

und verschärftem Druck auf die Beschäftigten umso nötiger ist, versteht sich von selbst. Wenn "immer mehr Güter in immer weniger Zeit von immer weniger Menschen" (Jeremy Rifkin) hergestellt werden, ist es gut, über die Bedeutung der bisherigen Erwerbsarbeit als Einkommensquelle neu nachzudenken. Dass ein permanent zinstragendes Geld diese Einkommensquelle darüber hinaus austrocknet, steigert noch die Aktualität des "Ressourcen-Grundeinkommens". Es mildert den unerträglichen Druck auf die Beschäftigten und sichert gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen. Selbstverständlich bleibt weiterhin die Behebung des Systemfehlers im Geld unverzichtbar!

Die Lektüre der Studie von Ronald Blaschke ermöglicht den kompetenten Einstieg in diese dringend notwendige Debatte – auch und gerade für AnhängerInnen der FAIRCONOMY. Bezugsquelle im Internet: www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/ge-synopse.pdf

Alwine Schreiber-Martens

■ Kai Ehlers Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft

Dornach: Pforte Verlag 2006. 217 Seiten.

Im Format ist es das kleinste der hier vorgestellten Bücher zum Thema „Grundeinkommen“, inhaltlich jedoch durchaus reichhaltig. Anliegen des Autors ist es, das Projekt Grundeinkommen als Baustein in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Wie selbstverständlich bedient er sich dabei als Inspirationsquellen sowohl Rudolf Steiners Idee der Sozialen Dreigliederung als auch des geldreformerischen Ansatzes von Silvio Gesell.

Kai Ehlers (Jg. 1944) studierte Germanistik, Publizistik und Theaterwissenschaft und ging im Zuge der 68er-Bewegung in die journalistische und politische Praxis. 1992 war er Mitbegründer des Vereins „Nowostroika“, der den Ost-West-Dialog und selbstbestimmte Initiativen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion unterstützt. Titel weiterer Bücher lauten „Asiens Sprung in die Gegenwart“ und „Erotik des Informellen“. „Impulse für eine andere Globalisierung aus der russischen Welt jenseits des Kapitalismus. Von

der Not der Selbstversorgung zur Tugend der Selbstorganisation.“

Mit den letzten Untertiteln sind auch wesentliche Inhalte des hier zu besprechenden Buches angedeutet. Bei aller Sympathie für ein bedingungsloses Grundeinkommen erkennt Ehlers darin deutlich die Gefahr, dass die Gesellschaft dadurch „in eine Ansammlung von sozial passiven Individuen zerfällt, die nur noch durch den Empfang der Staatsknete zusammengehalten werden“ (S. 170 f.). Um nicht staatlicher Allmacht und Wirtschaftskrisen hilflos ausgeliefert zu sein, plädiert der Autor als unverzichtbare Ergänzung für selbstorganisierte „Versorgungsgemeinschaften“, die aus mindestens drei erwachsenen Personen bestehen und die Befriedigung von Grundbedürfnissen des Wohnens und Essens sicherstellen. Als drittes Element nennt er „Eigenarbeit“, eine frei gewählte entgeltliche oder unentgeltliche Tätigkeit. Als Vorbilder für sehr unterschiedlich vorstellbare Versorgungsgemeinschaften skizziert Ehlers den Buschberghof, den Kattendorferhof und die Kommune Niederkaufungen, erwähnt die Werkgemeinschaft Schloss Hamborn und Camphill-Gemeinschaften und würdigt die Rolle von Tauschbörsen und Regionalgeldern am Beispiel des „Chiemgauers“.

Dank seiner Kenntnis der osteuropäischen Verhältnisse erkennt Ehlers wertvolle Zukunftsimpulse auch in der Geschichte russischer Gemeinschaftsstrukturen. Das dörfliche Miteinanderwirtschaften sei durch Maßnahmen der sowjetischen Zwangskollektivierung zwar verzerrt worden, habe sich aber bis heute erhalten. Als Kürzel für sein Bestreben, die östlichen und westlichen Erfahrungen mit Gemeinschaftsbildung befruchtend zusammenzuführen, kombiniert Ehlers das russische Wort „Mir“ (Dorfplatz) mit „Wir“ zum „MIR-WIR“.

Dass Einzelheiten gelegentlich unzutreffend sind, wie die Angabe auf S. 52, der (bekanntlich 1930 verstorbene) Silvio Gesell habe seine Theorien „in den 30er Jahren entwickelt“, in Wirklichkeit 40 Jahre vorher, schmälert nicht den Wert dieser überaus anregenden und die Diskussion bereichernden Arbeit.

Roland Geitmann

■ Joachim Bischoff Allgemeines Grundeinkommen – Fundament für soziale Sicherheit?

Hamburg: VSA-Verlag, 2007. 103 Seiten.

Joachim Bischoff, Mitglied der Memorandum-Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, ist Autor zahlreicher Publikationen zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus. Dieses Buch zum Grundeinkommen erhebt den Anspruch, den gesellschaftstheoretischen Hintergrund zu skizzieren, die Realisierbarkeit zu prüfen und den utopischen Gehalt der Konzeption zu beleuchten. Hintergrund der gegenwärtig (wieder) aufkommenden Diskussion über das Grundeinkommen sind die Hartz-Gesetze bzw. die sich verfestigende Arbeitslosigkeit. Daraus erkläre sich auch, dass es auf allen politischen Seiten sowohl Unterstützung als auch Ablehnung für das Konzept gibt.

Die Leitfrage des Autors ist die nach der „gerechten Aufteilung des erwirtschafteten Produkts“. (S. 29) Seine Antwort lautet: „Wir müssen in die Verteilungsverhältnisse zu Lasten der Gewinn- und Vermögenseinkommen eingreifen und neben der materiellen Grundlage für den Dritten Sektor auch eine Demokratisierung der einzelwirtschaftlichen Ökonomie durchsetzen.“ (S. 33) Fragt sich nur, wie. Leider findet man dazu keine zukunftsweisende Antwort in diesem Buch.

Das Grundeinkommen wird verworfen, u.a. weil es die Abkehr von der Utopie der Vollbeschäftigung alten und auch neuen Typs darstelle (S.24). In Abgrenzung zu Lafargue's „Recht auf Faulheit“ hält der Autor fest: „Von ... der Entkopplung von Arbeit und Einkommen träumen jene, die das System der kapitalistischen Wertschöpfung und die Möglichkeit einer umfassenden Steuerung und Regulierung der gesellschaftlichen Arbeit nicht akzeptieren oder nicht verstanden haben.“ (S. 39) Wie sähe eine solche Steuerung aus? „Kern der Kontroverse ist ... die Realisierbarkeit von Veränderungen in den Verteilungsverhältnissen.“ (S.57)

Wie sähen Schritte in diese Richtung aus? Im Kapitel „Finanzkapitalismus“ schreibt Bischoff: „Die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen

schlägt sich in einer ... fallenden Quote des Arbeitseinkommens nieder. ... Während der Kapitalismus früher auf einer Unterordnung des Geld- und Finanzkapitals unter das produktive Kapital (Industriekapital) basierte, hat sich diese Machtbeziehung jetzt umgekehrt. ... Der Übergang zur organisierten Interessenvertretung der Vermögensbesitzer markiert eine Machtverschiebung von den fungierenden Kapitalisten (in der Regel das Management) hin zu den "Rentiers", zugunsten der Eigentümer." (S. 65-69)

Was war Ursache dieser Kräfteverschiebung? Als Ansatzpunkt für Veränderungen lehnt der Autor das Grundeinkommen ab, als einzige Lösung sieht er: "... Arbeitszeit verkürzt, die Erwerbsarbeit verallgemeinert, die Bedingungen der Arbeit radikal verändert und im Kontext der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den Phänomenen entfremdeter Arbeit eine gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung der Reichtumsproduktion entwickelt ..." (S. 80) Wie wäre das konkret anzugehen? Antworten erhofft man sich im Kapitel "Das emanzipatorische Projekt des 21. Jahrhunderts" (S. 81): "Ohne Zurückdrängung dieser leistungslosen Einkommen und des damit verbundenen Müßigganges kann es keine sozial gerechte Verteilung von Arbeit und der frei verfügbaren Zeit geben." (S. 93) Und wie könnte das bewerkstelligt werden? "Kurzfristiges Ziel einer linken oder alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist daher die Rückführung der bundesdeutschen Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad, vornehmlich durch eine expansive Politik der binnenwirtschaftlichen Nachfragestabilisierung." (S. 97)

Das Stichwort "Ökologie" spielt keine Rolle in diesem Buch. Auch der Sky-Trust-Vorschlag der Heinrich-Böll-Stiftung, der ja aufs Haar dem Vorschlag des Seminars für freiheitliche Ordnung gleicht und der sehr konkret einen Aspekt der Verteilungsfrage angeht, wird nicht erwähnt. Schade eigentlich.

Alwine Schreiber-Martens

■ **Andrea Baier, Christa Müller und Karin Werner**

Wovon Menschen leben: Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes (mit Fotografien von Cornelia Suhan und einer Video-DVD von Beate Middeke und Eva Kukuk)

München: Oekom-Verlag, 2007. 301 Seiten.

Nur gut ein Drittel der Arbeit, die in unserer Gesellschaft geleistet wird, ist bezahlte Erwerbsarbeit, wie Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen. Ohne die übrigen beiden Drittel, die aus Hausarbeit, Eigenarbeit und Ehrenamt bestehen, könnte die Gesellschaft jedoch nicht funktionieren. Obwohl diese Arbeitsformen ebenfalls mit einer erheblichen Wertschöpfung einhergehen und mehr Zeit beanspruchen als die Erwerbsarbeit, fallen sie nicht nur in volkswirtschaftlichen Berechnungen und Statistiken meist unter den Tisch. Auch außerhalb wirtschaftlicher Betrachtungen und in öffentlichen Debatten wird ihnen weniger Aufmerksamkeit gewidmet als in Anbetracht ihrer individuellen wie gesellschaftlichen Bedeutung gerechtfertigt und notwendig wäre.

Andrea Baier, Christa Müller und Karin Werner haben sich diesem Thema daher im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojekts gewidmet, aus dem nun ihr Buch „Wovon Menschen leben“ hervorgegangen ist. Dabei hat die Autorinnen weniger der ökonomische Aspekt von Hausarbeit, Eigenarbeit und Erwerbsarbeit interessiert als vielmehr die Frage, wie Menschen konkret im Alltag solche Arbeit praktizieren und integrieren, die „jenseits bzw. ‚im Schatten‘ der Marktwirtschaft“ (S. 9) stattfindet und welche Bedeutung diese Arbeit für sie hat. Ihre These lautet, dass Menschen „für ihre Versorgung mit sozialen Beziehungen und Sinn (...) mehr auf die unbezahlte Arbeit angewiesen (sind) als auf die bezahlte“ (S.14 f.). Die Leitfrage, die sie deshalb mit Blick auf diese „außermarktlichen“ Tätigkeiten untersucht haben, lautet: Wovon und wofür leben Menschen?

Wie funktioniert die Gesellschaft jenseits der Marktökonomie? Was hält sie zusammen? Als „Kitt des Sozialen“, „ohne den unsere Gesellschaft zerfallen würde“, bezeichnen die Auto-

rinnen die von ihnen betrachteten Arbeitsformen im Vorwort zu ihrem Buch. Sie deuten damit vorab an, was aus ihrem Buch im Verlaufe hervorgeht: wie sehr nämlich gerade auf familiärer, nachbarschaftlicher und regionaler Ebene, also dort wo ein Großteil des Lebens praktisch stattfindet und erlebt wird, die Gesellschaft auf das nicht-erwerbswirtschaftliche Engagement von Menschen angewiesen ist und dadurch geprägt wird.

Basis des Buches und des Forschungsprojekts sind 49 Interviews mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Lebenssituationen. Den Befragten ist gemein, dass sie sich alle auf die eine oder andere Weise in einem nicht-marktlichen Bereich engagieren. Die Autorinnen deuten die Interviews in Bezug darauf, wie die Interviewten „für andere sorgen“ (Kapitel 2), ihren „Nahraum gestalten“ (Kapitel 3), „Natur erleben – Natur bewahren“ (Kapitel 4) und Dinge „selber machen“ (Kapitel 5). Eine Besonderheit des Buches besteht darin, dass in jedem dieser Kapitel auf die Darstellungen der Autorinnen jeweils Text- und Fotoportraits folgen, in denen einige der Interviewten direkt vorgestellt werden. Dadurch werden deren Lebenssituationen und Geschichten greifbarer und es wird möglich, sie emotional nachzuvollziehen und sich eigene Gedanken über deren Bedeutung zu machen. Eine dem Buch beigefügte DVD mit Video-Zuschnitts aus den Interviews ermöglicht es, einen noch tieferen und „unverfälschteren“ Eindruck der Interviewten zu gewinnen.

Das Buch ist kein hochwissenschaftliches und abstraktes Werk, das sich vornehmlich an ausgebildete Soziologen richtet, sondern eine lebensnahe Beschreibung und Interpretation von Lebensgeschichten, die beispielhaft dafür stehen, auf welche vielfältige Weise sich Menschen ihren Alltag gestalten, ihre Werte und Überzeugungen leben und zu einem Funktionieren der Gesellschaft beitragen. Welchen Wert die Kapitel 2 bis 5 aus Lesersperspektive haben, entscheidet sich daher auch vor allem daran, ob die persönlichen Geschichten der Interviewten in irgendeiner Weise an den jeweiligen Lebenskontext und die individuellen Lebensvorstellungen eines Lesers anknüpfen können, denn dann sind inspirierende

Einsichten und eventuell sogar persönliche Aha-Effekte möglich.

Wer hingegen das Buch vornehmlich mit einem Interesse an soziologischer Theoriebildung liest, wird vor allem am abschließenden 6. Kapitel („Das (post-)moderne Individuum zwischen Markt und Subsistenz: Eine Zeitdiagnose“) Interesse haben. Hier findet eine „zusammenfassende Analyse wie theoretische Reflexion des zuvor Geschilderten“ (S. 20) vor dem Hintergrund aktueller sozialwissenschaftlicher Modelle und Theorien statt. Wer allerdings eine überraschende, ausführliche und allgemeingültige Antwort auf die einleitenden Fragen erhofft, findet diese eher nicht. „Auch in Zeiten der Globalisierung haben sich Subsistenz, Eigenarbeit und Engagement nicht überlebt“ (S. 282) lautet im wesentlichen die Erkenntnis, die zwar nicht umwerfend ist, aber angesichts der starken neoliberalen Tendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft mehr denn je einer nachdrücklichen Betonung und Untermauerung bedarf.

Pflichtlektüre mit bahnbrechenden Erkenntnissen ist dieses Buch sicherlich nicht, aber wer sich gern von den Lebensgeschichten anderer inspirieren lässt oder konkrete Beispiele für die gesellschaftliche (und ökonomische) Bedeutung nicht-marktlicher Arbeit sucht, kann hier durchaus fündig werden und an dem Buch Gefallen finden.

Henning Osmers

■ Gero Jenner Energiewende – So sichern wir Deutschlands Zukunft

Berlin: Propyläenverlag / Ullstein, 2006. 251 Seiten.

Gero Jenner behandelt in seinem neuen Buch ein hochaktuelles Thema. Trotz seines Untertitels „So sichern wir Deutschlands Zukunft“ durchleuchtet es nicht nur für Deutschland die sich vor dem Hintergrund verknappender Rohstoffe abzeichnende ökonomisch-soziale Entwicklung, sondern bezieht in sein Panorama einer Welt von Morgen die westlichen Industrienationen in ihrer Gesamtheit mit ein.

Gero Jenner hat sich in früheren Arbeiten („Nippon – eine untergehende Sonne?“, „Die arbeitslose Gesellschaft“ und „Das Ende des Kapitalis-

mus“ als Wirtschaftsexperte ausgewiesen, der die ökonomische Dimension aber stets nach ihren sozialen und naturbezogenen Hintergründen und Auswirkungen befragt. Darin liegt auch die Stärke des vorliegenden Buchs. Denn der Autor analysiert die Energieproblematik keinesfalls nur aus der gewohnten Perspektive der Ökologen, die in Barrel und Kilowattstunden kalkulieren, oder wie viel Öl oder Gas wir in zwanzig Jahren aus dem Nahen Osten oder Russland noch zu welchen Preisen und politischen Risiken einkaufen werden. Er beschränkt sich in seinem Buch auch nicht auf die CO₂-Problematik oder die Beschwörung der Klimakatastrophe. Die diesbezüglichen Kenntnisse setzt er mit Recht als Allgemeinwissen voraus. Der entscheidende Teil seiner Analyse liegt in den überzeugenden und auch dem Laien auf Anhieb verständlichen Argumenten, mit denen er uns den Zusammenhang zwischen fossil-atomarer Energieversorgung und der Struktur einer neoliberalen Wirtschaft vor Augen führt, in der Shareholder und nicht die betroffene Mehrheit der Menschen die Spielregeln diktieren.

Im ersten Abschnitt seines Buches („Warum Deutschland alt ist und China jung“) unternimmt der Autor eine Diagnose der deutschen Situation, die er unabhängig von kurzfristigen konjunkturellen Ausschlägen analysiert. Dabei hebt er die tiefer liegenden Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Niedergangs hervor. Im zweiten Abschnitt („Volkskrankheit Pessimismus“) geht er auf die Folgen für das Alltagsleben der Menschen ein. Der dritte Teil („Fossile Dämmerung – ein Strohfeuer erlischt“) stellt diese Entwicklung in den weiteren Zusammenhang der Rohstoffverknappung, bevor der vierte Abschnitt die zu erwartenden und heute schon sichtbaren weltpolitischen Konsequenzen, nämlich die drohenden Ressourcenkriege, thematisiert („Die Pulverfässer werden gefüllt“). Darin geht Jenner auch auf die eskalierende Staatsverschuldung ein und auf den fatalen Tatbestand, dass diese praktisch nur noch den Zinszahlungen dient, ebenso auf die mit diesen Zinstransfers verbundenen Umverteilungen der Einkommen von der Mehrheit zur Minderheit. In fünften Teil dringt Jenner zum Kern der Analyse vor, zu den geistigen Ursachen, die dem

Wettrennen der Nationen seit Beginn der Industrialisierung zugrunde liegen („Sonnenfinsternis unter dem Machtsyndrom“).

Jenner lässt keinen Zweifel daran, dass die fortschreitende Produktionsverlagerung in die asiatischen Billiglohnländer die Länder des Westens auf die abschüssige Bahn einer Basar- und Ausverkaufswirtschaft abgleiten lässt. Staaten, die diesem von den großen Konzernen angetriebenen Aderlass tatenlos zusehen, werden die steigenden Energiekosten in naher Zukunft nicht länger bezahlen können. Der Übergang zu den erneuerbaren Energien ist daher nicht nur ökologisch, friedenspolitisch und aufgrund schwindender Lagerstätten geboten, sondern es geht ebenso sehr um die Eindämmung der durch die Auslagerung bewirkten Arbeitslosigkeit und damit um die Bewahrung unseres Wohlstands. Denn so lange die fossil-atomare Abhängigkeit besteht, werden wir zur Konkurrenz mit den Billiganbietern gezwungen sein.

Der entschiedene Wille, diesem Teufelskreis durch den Übergang zu erneuerbaren Energien zu entkommen, erlaubt uns – wie Jenner überzeugend darlegt – nur eine Wirtschaftspolitik, die uns nicht in einen für die Mehrheit zunehmend zerstörerischen Freihandel treibt. Vor allem aber wird von ihm herausgearbeitet – und das ist meines Erachtens das Neue und das große Verdienst dieses Buches –, dass der Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit – und damit der „Energiewende“ – nicht nur Voraussetzung für den Erhalt unserer Umwelt ist, sondern auch die Voraussetzung für ein entspannteres Miteinander der Nationen und damit für den Frieden in der Welt.

Helmut Creutz

■ **Franz Wegener**
Der Alchemist Franz Tausend – Alchemie und Nationalsozialismus

Gladbeck: Kulturförderverein Ruhrgebiet, 2006. – 165 Seiten.

■ **Adolf Burger**
Des Teufels Werkstatt – Die größte Fälscheraktion der Geschichte

München: Elisabeth Sandmann Verlag, 2007. – 280 Seiten.

In seinem Buch „Geld und Magie“ über den zweiten Teil von Goethes „Faust“ hat Hans Chr. Binswanger die Papiergeldschöpfung am Kaiser-

hof als moderne Alchemie interpretiert, mit der Fausts „großes Werk“ der modernen Zivilisation finanziert wurde. Noch viel teuflischer als Fausts Pakt mit Mephistopheles waren die fehlgeschlagenen Versuche rechtsradikaler Kreise nach dem ersten Weltkrieg, die von den Siegermächten geforderten Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark mit künstlich erzeugtem Gold zu bezahlen, und die gelungenen Versuche des NS-Regimes, sich mit Hilfe von gefälschtem Papiergeld in den Besitz von Gold zu bringen.

- Franz Wegener rekonstruiert die von völkischen und okkultistischen Kreisen sowie von Industriellen wie Krupp und Mannesmann unterstützten Bestrebungen des „Goldmachers“ Franz Tausend, auf künstlichem Wege Gold herzustellen. Damit sollten die Währungen der Siegerländer des ersten Weltkriegs inflationär entwertet und das internationale, auf angeblich ‚jüdischem Gold‘ beruhende Währungssystem unterminiert werden. (S. 74-78, 128-132) Wegen seiner Betrügereien wurde Franz Tausend schließlich 1931 vor Gericht gestellt. Während der NS-Zeit wirkte er aber weiter.

- Zunächst griffen Nationalsozialisten oberflächlich Begriffe aus der Geld- und Bodenreform auf, um sie im Sinne ihrer antisemitisch-rassistischen Ideologie („Brechung der Zinsknechtschaft“) zu pervertieren und sie als Köder zur Gewinnung von sozial entwurzelten Massen zu missbrauchen. Nachdem sie die politische Macht in Deutschland erobert hatten, gingen sie zur Finanzierung von Rüstungsproduktion, Krieg und Holocaust mittels einer großen Inflation über. Und während des Zweiten Weltkriegs steigerten die Nationalsozialisten ihre Perversion von Einsichten in die Bedeutung der Geldmengensteuerung für die Stabilität von Währungen, indem sie ausländisches Geld – vorwiegend britische Pfundnoten – fälschten und dieses Falschgeld gleichsam als Waffe gegen die sog. „Feindstaaten“ einsetzten.

An diese größte Geldfälscheraktion der Geschichte erinnert der aus der Slowakei stammende ehemalige KZ-Häftling Adolf Burger mit seinem Buch „Des Teufels Werkstatt“. Dieses Buch bildet die Vorlage für den Film „Die Fälscher“, der im vergangenen Frühjahr in die Kinos kam

und in einer erschütternden Weise vor Augen führte, was sich während des Zweiten Weltkriegs in den Baracken 18 und 19 des Konzentrationslagers Oranienburg-Sachsenhausen zugetragen hat. Auf Befehl von Himmler wurden diese beiden Baracken vom Reichssicherheitshauptamt mit Stacheldraht und Sichtschutz vom übrigen KZ „vollkommen isoliert“, um darin unter der Leitung von SS-Sturmbannführer Bernhard Krüger eine geheime Geldfälscherwerkstatt einzurichten. Im Rahmen dieser „Operation Bernhard“ wurden eine Buchdruckerei, eine Abteilung für Lichtdruck, Offset, ein Fotolabor, eine Abteilung für Retuschen, eine Buchbinderei, eine Setzerei, eine Werkstatt für Graveure und ein Kontrollraum für die gefälschten Banknoten mit modernsten Maschinen und Geräten ausgestattet. (S. 120) Gemäß der NS-Ideologie, wonach Juden besondere Kenntnisse über das Geld hätten, rekrutierte die SS für diese „größte Fälscheraktion der Geschichte“ aus dem KZ Auschwitz und anderen KZs 144 jüdische Häftlinge, die zuvor Berufe als Drucker, Graveure, Typografen, Chemiker und Bankangestellte ausgeübt hatten. Unter Androhung ihrer Ermordung wurden sie von 1942 bis 1945 gezwungen, in großem Stil Pässe, Dokumente, britische Briefmarken und vor allem britische Pfundnoten zu fälschen. Burger und seine Mithäftlinge lebten in der ständigen Gewissheit, dieser teuflischen Fälscherwerkstatt niemals lebend enttrinnen zu können. „Eine vom Nazi-Staat errichtete Geldfälscherwerkstatt bedeutet ein Staatsgeheimnis, dessen Zeugen nur der Tod erwartet.“ (S. 119)

Das Falschgeld „sollte entweder über England abgeworfen oder auf dem Umweg über neutrale Staaten eingeschleust werden, und zwar in so großen Mengen, dass dadurch die englische Währung ins Wanken geraten würde. SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich rechnete damit, dass sich gefälschte Pfundnoten im neutralen Ausland auch in echte, dringend benötigte Devisen umtauschen ließen.“ (S. 127, 143-144)

Für den Vertrieb des Falschgeldes richtete der Sicherheitsdienst der SS ein weltweites Vertriebsnetz ein und „benutzte die gefälschten Noten, um damit in besetzten, verbündeten und neutralen Staaten, aber auch in feindlichen Ländern

„legal“ oder auf den entstandenen Schwarzmarkten Gold, Edelsteine, Schmuck oder Valuten aufzukaufen. ... Bei Kriegsende hätte das Falschgeld, wäre es in den englischen Umlauf gekommen, 40 Prozent des echten in Umlauf befindlichen Geldes betragen.“ (S. 157-158) Mit der Einstufung der gefälschten Pfundnoten als echt durch die Bank of England und der ‚Bezahlung‘ von Gold mit Falschgeld erreichte die perfide nationalsozialistische Alchemie schließlich ihren grauenhaften Erfolg.

Der Sicherheitsdienst der SS ordnete auch noch die Fälschung von amerikanischen Dollarnoten an. Dabei ergaben sich jedoch technische Probleme und einige mutige Häftlinge versuchten sogar, die Produktion von Dollars durch ihre unauffällige Verlangsamung zu sabotieren. (S. 163ff) Aufgrund des Vorrückens der Roten Armee befahl die SS im März 1945 die Verlegung der Geldfälscherwerk aus dem KZ Sachsenhausen in ein Außenlager des KZs Mauthausen (Österreich). Noch bevor die Produktion der falschen Dollarnoten dort fortgesetzt werden konnte, wurden 137 Angehörige des Fälscherkommandos Anfang Mai 1945 von Amerikanern befreit. Währenddessen ließen NS-Funktionäre zahlreiche Metallkisten mit Falschgeld, Devisen, Gold und Akten im Toplitzsee im Salzkammergut versenken, um die Spuren ihrer Untaten zu vertuschen. (S. 245) Einige davon wurden später von Tauchern aus 150m Tiefe geborgen. Adolf Burgers Erinnerungen sind mit dem Leitspruch überschrieben: „Damit nie vergessen werde, was geschah.“

Werner Onken

VERANSTALTUNGEN

■ Grundeinkommen

Kongress über das Grundeinkommen vom 5.–7. Oktober 2007 in Basel unter Mitwirkung von Ronald Blaschke, André Presse, Prof. Dr. Franz Segbers, Prof. Dr. Peter Ulrich u.a.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
www.grundeinkommen2007.org
und www.grundeinkommen.de

■ Der Staat – Garant des Rechts oder Arena des Interessenkampfes?

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 27.–28. Oktober 2007 in Boll unter Mitwirkung von Gerald Häfner („Mehr Demokratie“) sowie Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heynitz.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
Sekretariat, Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 0 71 64 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ Gewalt als Folge wirtschaftlicher Macht

Tagung von Kairos Europa vom 7.–9. Dezember 2007 im Ökumenischen Bildungszentrum Sancta Clara/Hotel Wartburg in Mannheim unter Mitwirkung von Tobias Pflüger, Dr. Christine von Weizsäcker, Dr. Marcos Arruda u.a.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
Martin Gück, Hegenichstr. 22, 69120 Heidelberg
Tel.: 06221/716005
eMail: gueck@kairoseuropa.de
Internet: www.kairoseuropa.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Ronald Blaschke
Wittenberger Str. 110 c, 01277 Dresden

Helmut Creutz
Monheimsalle 99, 52062 Aachen

Prof. Dr. Roland Geitmann
Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Mag. Soz. Tilo König
Timmersloher Str. 76, 28215 Bremen

Prof. Günther Moewes
Poppelsdorfer Str. 10, 44319 Dortmund

Dipl.-Kfm. Henning Osmers
Schlengstr. 8, 28309 Bremen

Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens
Dombacher Str. 35, 51065 Köln